18. Ist Anstiftung im Sinne von § 48 StGB. mit Bezug auf strafbare Handlungen möglich, die, ohne begriffsmäßig ein schuldhaftes Verhalten zu erfordern, vorsätzlich begangen sind?

III. Straffenat. Urtr. v. 21. Dezember 1914 g. B. III 721/14.

I. Landgericht Königsberg i. Pr.

Aus den Gründen:

„Die Strafkammer hat den Angeklagten B. der Zuwiderhandlung gegen § 18 in Verbindung mit § 17 Preuß. StempG. vom 26. Juni 1909 und zugleich gegen § 95 in Verbindung mit § 88 ReichsStempG. vom 22. Juli 1909 für schuldig erachtet, und den Beschwerdeführer wegen Anstiftung zu dieser Straftat verurteilt. Er wird durch diese Verurteilung nicht beschwert.

Eine Anstiftung zu den erwähnten Verfehlungen, wiewohl sie unter Ordnungsstrafe gestellt sind, ist an und für sich möglich. Man mag mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts (RGSt. Bd. 23

§. 175, Bd. 30 S. 292) aus dem Wesen der Anstiftung folgern, daß sie eine vorsätzliche Begehung der Haupttat voraussetzt. Die Anstiftung besteht in der vorsätzlichen Hervorrufung des Entschlusses eines anderen, eine strafbare Handlung zu begehen. Will man den Entschluß dem Vorsatz gleichstellen, so findet jene Folgerung in dem Begriffe der Anstiftung eine zutreffende Grundlage. Aber man darf, zumal da § 48 (abweichend von § 49) sämtliche strafbare Handlungen einschließlich der Übertretungen umfaßt, ihren Kreis nicht weiter einengen, als es der Begriff der Anstiftung unbedingt erfordert. Es muß genügen, wenn die Haupttat vorsätzlich begangen ist, gleichviel, ob der Vorsatz ein notwendiges Tatbestandserfordernis bildet oder nicht. Es kann deshalb für die den Gegenstand einer Anstiftung bildende strafbare Handlung höchstens das Erfordernis aufgestellt werden, daß sie tatsächlich mit Vorsatz begangen ist. Die Anstiftung unterscheidet sich insoweit nicht von den Teilnahmeformen der Mittäterschaft und der Beihilfe (RGSt. Bd. 27 S. 316).¹ Die entgegenstehende Auffassung des erkennenden Senats in dem Urteil Bd. 25 S. 38, besonders S. 42, kann in dieser Allgemeinheit nicht aufrecht erhalten werden (vgl. auch RGSt. Bd. 25 S. 8, Bd. 30 S. 292 [296]; GoldbArch. Bd. 46 S. 110).

Es mag deshalb auf sich beruhen, ob die gegen B. festgestellten Ordnungswidrigkeiten begrifflich von einem Verschulden abhängig sind oder sich als sogenannte reine Formaldelikte darstellen. Jedenfalls konnten sie vorsätzlich begangen werden, denn sie setzen zwar, abgesehen von der Unmöglichkeit der Hinterziehung, den Mangel der Hinterziehungsabsicht voraus, aber nicht des davon verschiedenen Hinterziehungsvorsatzes. Sie sind auch vorsätzlich begangen.“ (Wird näher ausgeführt.) . . .